

Der Halle wöchentlich 2,50 M., bei...
Beizungspreis

Saale-Beitung.

werden die Spaltenpreise...
Anzeigen

Beizungspreis
Beizungspreis

Neununddreißigster Jahrgang.

Nr. 526.

Halle a. d. Saale, Mittwoch, den 8. November

1905.

Zäsurwahnium.

Die „edlen Sechse“, wie sie Bebel nannte, hatten alles...
Die „edlen Sechse“, wie sie Bebel nannte, hatten alles Mögliche versucht, um den Streit, der jetzt die Sozialdemokratie durchzittert, als einen Prinzipienstreit hinzustellen, alles Persönliche auszuscheiden, nur eine Debatte um die Freiheit der Gewandtheit zu führen. So schloßen sie ihre Darlegungen in der „Saal. Arbeiterztg.“ mit der Bemerkung, völlig ausgeglichen sei jetzt jede Personenfrage, nur das Prinzip bleibe auf der Anklagebank und über dieses gelte es, eine Entscheidung herbeizuführen. Sie haben ihre Rechnung ohne den Zäsurwahnium gemacht, der das ganze Unheil in der Sozialdemokratie angerichtet hat. Bebel bringt es fertig, die Front des Kampfes in geradezu haarsträubender Weise zu ändern. Galt es den Sozialisten um das Prinzip, ob Absolutismus, Heintlichkeit, Elitenwert, Herrtentum in der Sozialdemokratie herrschen soll oder nicht, ob die Partei das Streikrecht fordern darf oder nicht, ob sie in den sogenannten Angelegenheiten, den Journalisten, vollberechtigten selbstbewußten Mitkämpfer ehren oder ob sie in ihnen Lakaienaturen ahnden soll, mit denen sie wie mit redlichen Geschöpfen nach Belieben umspringen kann, so hat Bebel unter den größten Ausfällen gegen die Wahrheithaftigkeit und die schärfsten Verunglimpfungen der Charaktereigenschaften der Sechse — er nennt sie Fälscher, Lügner und Verleumder — und behandelt sie als Erbschneider und Betrüger — die Grundlage des Konfliktes gestiftet, indem er den Streit als einen Kampf für oder gegen den Revisionismus darstellte. Dabei waren die „edlen Sechse“ notorisch überhaupt keine Revisionisten. Sie waren wahrhafte Integritäten, ebenso intransigent wie Bebel und Singer selbst, nur war ihre Tonnart nicht so „ruppig“ wie die Stabgassen, obwohl sie auch in dieser Beziehung einen hohen Grad erreichten. Wenn nicht Merkmale in dieser Beziehung das Zäsurwahnium, so handelt es sich um den Anschein eines Zäsurwahniums, wie er diktorischen Naturen eigen ist, die in allen Hindernissen, auf die sie stoßen, stets persönliche Intelligenz und Niedertracht mitern. Mit der Macht seiner Persönlichkeit glaubt Bebel, indem er die Eisner und Genossen des Revisionismus anklagt, indem er sie als Tritonanten im Dienst der bürgerlichen Gesellschaft darstellt, den von ihm in selbstherrlicher Unblutigkeit angestellten Feindbrand wieder erlösen zu können. Ein eitles Beginnen! Doch er selbst es gewesen ist, der die Grundlage der Demokratie schmählich verletzt hat, dafür selbst ihm, wie solchen Naturen stets, die Erkenntnis, Dies Kind — sein Engel ist so rein. Nein, die Situation ist schon längst nicht mehr die, daß man sagen könnte, Bebel's Handlungen sind auf das Wohl der Sozialdemokratie gerichtet, sondern die Sozialdemokratie steht im Dienste Bebel's, sie ist die Partei, die er sich geschaffen hat, um eine persönliche Machtstellung in der deutschen Arbeiterchaft, eine ganz persönliche Rolle in der Öffentlichkeit, im Volke und im Parlamente anzubilden. Diese persönliche Rolle ist mit demokratischen Formen und Wänden nur sehr schlecht cadret gewesen. Jetzt aber ist der demokratische Nimbus von dem Haupte des Parteigewaltigen entfernt und Bebel steht da als eine Individualität, die alle prinzipiellen Schranken durchbrochen hat, im jenen eigenen triumpheanten Willen auch mit undemokratischen Mitteln zum Siege zu führen.

Die Erklärung der „Sechse“ deckt die Bebelkratie in der sozialdemokratischen Gesellschaft mit anerkennenswerten Grund auf. Es heißt da:
„Genosse Bebel's „Antwort“ richtet die Frage an uns, „wenn wir Personen in der Parteiführung gibt, deren unbedingtes Wirken ist notwendig als die von den Sechsen in den sozialistischen Parteien dargestellten Gelehrten für die Partei hat, warum haben die tabernen, erblühen, braven, unentwegten Sechse nicht schon längst die Würdigen fallen lassen und sind als Antiker aufgetreten, um die Partei von diesen Sechsen zu befreien? Wir sind aber viel zu gute Anhänger des Geschichtsrevisionismus, um die Unwissenheit unserer Beilestellung eines verächtlichen Regiments — „edlich“ entgegen — in eine Schurkei zu tauschen. Jeder Kenner der inneren Parteiverhältnisse weiß, daß Bebel in einem Maße an der Leitung von persönlichen Meinungen leidet. Das ist der Fehler seiner Jugend. Deshalb wird ihm jedoch niemand in einem Schandbuche halten. Inwiefern die allgemeine Zustimmung ist, daß Bebel — und nach seinen historischen Vorbildern nicht ohne Grund — die Partei zu vollständig mit seiner Person identifiziert, daß er seine individuellen Anschauungen und Stimmungen nicht mehr genügend von der Sache der Partei zu trennen vermag. Überzeugen machen wir uns den unbedingten Willkürigen dieses Sechsen, auch wenn wir keinen Vorzug, als vielmehr denjenigen, die sich diesem Einfluß auch dort, wo er verheerend ist, gegen ihre innere Überzeugung, vielleicht aus misverstandenen Parteierkenntnis fügen. Eine wiedererträgliche Verleumdung aber ist es, daß die „Antwort“ uns vorwirft, wir hätten den Kampf erst aufgenommen, selbst wir aus der Revolution der „Vorwärts“ ausgehört hätten. Erbrüder hätten wir sehr — wie reumt sich das mit dem berühmten Selbstbewußtsein? — geduldet! Das was wir der Mann zu unterzeichnen, der genau weiß, daß die angeführten politischen Redatoren des „Vorwärts“ seit den letzten Reichstagswahlen, bei jeder Gelegenheit, gegen ihre Willkür öffentlich und in jeder Gelegenheit in internen Kreisen auch schriftlich aufgetreten sind! Das Bebel dem verzeihen, daß er vor Erbrechen sich jenseit in die Zehnheit der „Saal. Arbeiterztg.“ hinein mischt, weil ihm einer der tabernen, erblühen, braven, unentwegten Sechse angeblich im „Vorwärts“ mundtot gemacht hat! Noch kurz vor Jena gab es keine heftige Auseinandersetzungen mit Bebel. Wir bezeichnen uns in auch gerade darüber, daß man auch in Jena und Jena in demselben Sinne behauptet hätte, daß wir mit Bebel auseinandergelassen. Und jetzt wird uns Genosse Bebel vor, daß wir früher nicht den Mut gehabt hätten, der Wajekeit zu trogen — ganz

wie ein Kapitalkist, der einem entlassenen Hausdiener, der sich im „Vorwärts“ über Willkür beklagt, statt einer Widerlegung, nachfragt, er handele um „Nachgefühlt zu befreiben!“

Was Bebel darauf zu erwidern weiß, ist im großen und ganzen nichts als eine in Sentimentalität getauchte Habue. Nur in einem einzigen Punkte hat er in seiner Antwort Recht, nämlich da, wo er die Frage aufschneidet, wie es denn gekommen ist, daß sich bei ihm der absolutistische Größenwahn bis ins Maßlose hat steigern können. Die Sozialdemokraten haben Personalfantasie mit ihm getrieben und gerade der „Vorwärts“, gerade die edlen Sechse, die Eisner und Gradbauer, sind es gewesen, die seine tyrannischen Neigungen groß gezogen haben, indem sie sich ihm gegenüber zu einer Bewunderungsstude, zu einer hündischen Vergötterung seiner Person herabwürdigten, die auf alle freien Naturen einen abstoßenden Eindruck machen mußte. Bebel weidet sich in seiner Erwidrerung auf die Erklärung Eisner's an der Wiedergabe eines Vorwärtsartikels, der in überschwänglichen Worten Bebel wegen seiner sogenannten Kaiserrede vom 22. Januar 1903 gepriesen. Jetzt nennt er den Eindruck, den jene Lobeshymnen bei ihm hervorgerufen, einen peinlichen, und stellt sich vor weiß wie demokratisch, daß er an Eisner einen Brief geschrieben, in dem er sich solche Verhimmelungen verboten habe. Aber es ist nicht unbekannt, daß die bürgerliche Presse zuerst es gewesen ist, welche die maßlose Überblühigkeit Bebel's in diesem „Vorwärts“-Artikel als Byzantinismus gebrandmarkt hatte, und es wäre nicht uninteressant, festzustellen, ob Bebel unter dem Eindruck der bürgerlichen Pressehymnen bei der Abfassung des Briefes an Eisner gehandelt hat oder nicht.

Daß Bebel der Antwort bleiben will, der er war, erträgt der Schluss seiner Antwort. Da heißt es:

Die Eisner und Genossen haben sich nun ganz erfüllt. Sie ahnten nicht, daß, indem sie Parteivorstand und Parteikommision als „Kritiker“ in der Sache des Sozialdemokraten ausließen, sie neben der nicht zu übersehenden Verleumdung dieser Organe auch die schwere Verleumdung gegen die Vertreter der Partei auf dem Parteitag und in letzter Instanz gegen die Vertreter und die gesamte Partei ausbrachen, die solche Humpelmänner zu ihren Vertrauenspersonen wählte.

Was, den man bekommen will, macht man zu einer Art Selbsteigenschaft, die man den Zurechnen einzureiten die Sechse vorstehen. Ich würde nicht, daß die Partei zu gegebener Zeit den Sechse die vollende Antwort gibt. Wenn Bebel nicht zweifelt, daß die Partei den Sechse die vollende Antwort geben wird, so ist das der gereifene Befehl des Kontraktanten an die Partei, die Einrichtung der edlen Sechse vorzunehmen. Nicht als Revisionisten sind sie gegen Bebel aufgetreten, sondern weil sie Bebel persönlich unbequem geworden waren, weil sie selbstherrliche Männer waren, welche das ihnen anvertraute Amt nach eigener Verantwortung in der von ihnen als zweckmäßig erkannten Weise ausübten. In einem Ergebnis ist nun nicht mehr zu rütteln: Gewalt geht vor Recht auch in der Sozialdemokratie. Daß die Proklamierung dieses neuen Grundgesetzes oder vielmehr dieser neuen Grundbegriffes das ideale Ende der sozialdemokratischen Partei bedeutet, die in ein Notwendigen persönlicher Führerschaften und persönlicher Anhängerschaften ausgeartet ist, das ist die neue Wahrheit, vor der man nun steht. Somit hat Bebel die Parteiführung in ein durchaus undemokratisches Fahrwasser geleitet. Nach diesen Vorgängen nun bei dem Mangelansehen der einzelnen Agitatoren, das sich nun innerhalb der Sozialdemokratie entzündet wird, ein neues Vertrauen in Bezug auf den Materialismus der Anschauungen vorzusaufen, dessen Folgen sich alsbald bemerkbar machen werden. Gewiss werden die Eisner und Genossen Bebel nicht den Gefallen tun, ins revisionistische Lager — was ihr Ende bedeuten würde — abzuhäufeln, sondern versuchen, ihn an Reinheit der Grundzüge, an erster Demokratie zu überleben. F. W.

Deutsches Reich.

Ges. und Verordnungsblätter.

— Von einer neuen Mittelmeerreise des Deutschen Kaisers sind schon wiederholt Mitteilungen durch die Presse gegangen. Neuerdings wird uns hier berichtet, daß der Kaiser im Februar 1906 auf sechs Wochen eine Reise nach dem Mittelmeer antreten werde. Die „Nationalztg.“ bemerkt dazu, daß von einem solchen Projekt bisher nichts bekannt ist. — Das will nicht viel laugen. — In St. Ulrich bei München (Bayern) ist, wie bereits kurz mitgeteilt, der Major a. D. Karl v. Feldorff, Reichsritter des Johanniterordens, im 74. Lebensjahre gestorben. Der Verstorbenen war auf Präsentation des Bundesrats des alten und des befalligen Grundbesitzes im Landeshofbesitz (Dorf) in Büdingen durch Beschluß vom 20. Juni 1874 auf Lebenszeit in das Herrenland berufen. — Ein Vertreter der Zentrumspartei in der Reichstags- und preussischen Abgeordnetenkammer, Geh. Oberjustizrat Eduard v. Glöckner, ist am Sonntag in Berlin gestorben. Er war von 1882 an Mitglied des Abgeordnetenhauses und von 1886 bis 1898 Mitglied des Reichstags für den Wahlkreis Oppen. v. Glöckner ist am 22. Dezember 1820 zu Danzig geboren und hat mit sich nahezu das 85. Lebensjahr vollendet. — Der bayerische Zentrumspartei Dr. Helm soll an Revisionierung erkannt sein, und sich in ein Kloster zu Mitternachts zurückgezogen haben, um auszuweichen.

Der König von Spanien in Berlin. Am Donnerstag fand gestern Abend in Berlin eine Gala-Veranstaltung des Volkeits „Coppelia“ statt. Das Haus war

mit Gästen reich geschmückt. Anwesend waren die Minister, Reichsräte, hohe Beamte, Offiziere, Vertreter von Kunst und Wissenschaft und des Parlamentes. Der Hof erschien in der Großen Loge. Der König von Spanien, in der Uniform des 66. Regiments, führte die Kaiserin und der Kaiser, in der Uniform des Regiments Infanterie, die Prinzessin Friedrich Leopold. Der König, die Kaiserin und der Kaiser verniegt sich dreimal vor der Öffentlichkeit und nahmen dann an der Begrüßung teil. Der König lag zwischen dem Kaiser und der Kaiserin; rechts von dem Kaiser folgten der Kronprinz, die Prinzessin Friedrich Leopold, Augustin, Maximilian, Sophie, Albert, der Erbprinz von Baden, Prinzessin, links vom Kaiser die Prinzessin Friedrich Leopold, die Kaiserin, Prinzessin, Friedrich Wilhelm. In der Halle wurden Gratifikationen genommen.

Justizminister Dr. Veiel. Der „Völkischer Zeitung“ wird aus Berlin gemeldet: Justizminister Schönfeld tritt am 13. November von seinem Amte zurück. Ober-Bundesgerichtspräsident Dr. Wäg Veiel ist in Berlin in zum 1. März in sein Amt ernannt.

Keine Programmrede des Handelsministers.

Die Meinung des „V. Z.“, daß Herr Delbrück das Fest der Berliner Kaufmannschaft auf dem nächsten Samabend zum Anlaß einer neuen programmatischen Aussprache nehmen wird, ist, wie die „V. Z.“ erklärt, durchaus unzutreffend. Es handelt sich nur um eine gefällige Veranstaltung, die keine Programmrede, diese für eine öffentliche Stellungnahme zu den Tagesfragen, bevor seitens der Veranstalter, noch seitens der Gäste und Ehrenäste.

Deutschland und Frankreich.

Der „Gaulois“ stellt eine Anfrage bei den Chefredakteuren der Berliner Zeitungen über die Ansicht der betriebs einer französisch-deutschen Annäherung. Da in den betreffenden Antworten übereinstimmend die Maßgabe gestellt wird, daß die Annäherung als unmöglich bezeichnet wird, zieht der „Gaulois“ daraus den Schluss, daß die französisch-deutsche Allianz um so notwendiger sei.

Die Kosten der Flottenverlängerung.

Nach der „Allg. Volkstz.“ beziffern sich die Kosten der Flottenverlängerung wie folgt:
Zunächst die fortdauernden Ausgaben:
1. Veranschlagte Ausgaben gegen das geltende Gesetz: für jährlich einen großen Kreuzer von 15,000 Tonnem und ... 27 Mill. M.
für jährlich eine Torpedodivision, sechs große Boote, alles einschließlicher artillerischer und Torpedovornahme ... 9 Mill. M.
2. höhere Kosten der nach dem geltenden Gesetz vorgehenden Bauten:
für jährlich zwei U-Boote, 18,000 Tonnem ... 24 Mill. M.
für jährlich eine Torpedodivision gegen früher ... 2 Mill. M.
3. Mehrkosten an Offizieren, Mannschaften, für Submarinebauten, Werkstoffen usw. ... 8 Mill. M.
mithin eine Ausgabenerhöhung von etwa 70 Mill. M. jährlich gegenüber dem geltenden Flottenetats.
Selbstverständlich wird dieser Mehrbedarf nicht gleich im ersten Jahre sichtbar werden, da die U-Boote und Kreuzer in der Regel eine vierjährige Bauzeit haben, so daß der Hauptteil der Mehrausgaben zu 1 und 2 erst 1909, bezügliche zu 3 sogar noch später erreicht wird, insoweit blicken sich jedoch die Mehrkosten im Betrage von 75,000,000 M. gegen das geltende Gesetz für die Jahre 1906 bis 1917 ergeben, weil die Steigerung im Bedarfszustande den Betrag von 70 Millionen noch übersteigen wird.
Das geltende Gesetz sollte nach der Geldbedarfsberechnung (Drucksch. 36 des Deutschen Reichstags 1900) für den gesamten Marinetat erforderlich sein:
für 1906 215 Millionen Mark
" 1907 221 " "
" 1908 227 " "
" 1909 233 " "
" 1910 239 " "
" 1911 239 " "
" 1912 241 " "
Nach den Erklärungen des Staatssekretärs der Marine vom 18. und nach den letzten offiziellen Budgetangaben über die Dimensionen der neuen Kreuzer und U-Boote sind für die gesamten Ausgaben für die Marine:
für 1906 auf 250 Millionen Mark
" 1907 " 270 "
" 1908 " 285 "
" 1909 " 300 "
" 1910 " 310 "
" 1911 " 315 "
" 1912 " 330 "
Für die folgenden 5 Jahre läßt sich die Steigerung noch nicht genau übersehen.
Die 6 Kreuzer werden aber nicht die Hauptlast der neuen Budgetlast bilden, sie werden den Großteil und indirekt in den nächsten 12 Jahren nur mit etwa 200 Mill. M. mehr bedürfen, die neuen Torpedodivisionen mit etwa 100 Mill. M. mehr bedürfen, die U-Boote mit etwa 30 Mill. M. dagegen erfordert die Vergrößerung der nach dem geltenden Gesetz zu bauenden U-Boote um 18,000 Tonnem bis 1917 mit indirekt in der gleichen Periode mindestens 350 Mill. M., die Vergrößerung nach dem geltenden Gesetz zu bauenden Kreuzer um 1,100 auf 15,000 Tonnem direkt und indirekt in 1917 um 111 Mill. M., die Vergrößerung der bisherigen Jahresquote an Torpedodivisionen etwa 30 Mill. M.
Es entfallen also von dem nach unserer Schätzung für die Jahre 1906 bis 1917 sich ergebenden Mehrkosten nur rund 280 Mill. M. auf die Vergrößerung der Flotte, dagegen rund 450 Mill. M. auf die Vergrößerung der Schiffsflotte.

Das Flottenetats von 1900 sollte für die folgenden 12 Jahre eine Gesamtveranschlagung von etwa 800 Mill. M. bringen, die jetzt zu erwartenden Mehrforderungen dürften darunter dem







